

Der Elysée-Vertrag im internationalen Kräftespiel

Von Alfred Grosser*

»» **Wie eng der Elysée-Vertrag verflochten ist mit den internationalen Fragen, die Europa zu Beginn der sechziger Jahre in Atem hielten, erklärt diese Analyse des Publizisten, Soziologen und Politikwissenschaftlers Alfred Grosser, der sich seit den sechziger Jahren für die deutsch-französischen Beziehungen einsetzt. Alfred Grosser gehört zu den herausragenden Autorenpersönlichkeiten, die regelmäßig bei *Dokumente* publizierten.**

Es geht um zwei Partner, gewiß. Aber deren gegenseitige Beziehungen sind jederzeit unlösbar mit dem internationalen Geflecht ebenso wie mit den Bestrebungen und der Globalvorstellung sowohl von Frankreich als von Deutschland verbunden. Diese Gesamtperspektive ist weitgehend die eines ganzen Landes – Regierung und Opposition eingeschlossen. So hat sich, allem äußeren Anschein entgegen, die Außenpolitik Frankreichs sowohl unter der IV. wie unter der V. Republik im Hinblick auf die Vereinigten Staaten gestaltet. Freilich, immer wenn sich die UdSSR von ihrer bedrohlichen Seite zeigt, gibt man sich als Verbündete unter Verbündeten; sobald die Bedrohung aber nachläßt (und man neigt dazu, ein solches Nachlassen sehr schnell fest zustellen), gewinnt der Wille, sich den Vereinigten Staaten gegenüber zu behaupten die Oberhand; die UdSSR wird zum nützlichen Gesprächspartner, der Frankreichs Ansehen im transatlantischen Kräftespiel erhöht. Ganz anders verhält es sich mit der Bundesrepublik, die sich in Relation zur UdSSR sieht, von der sie sich ständig bedroht fühlt, schon wegen der siebzehn Millionen Deutscher, die, unter sowjetischem Druck, ihrer Freiheiten beraubt sind. Die Vereinigten Staaten sind eine unentbehrliche Stütze; ihr Vertrauen darf man auf keinen Fall verlieren, damit man sich weiterhin auf ihren Schutz verlassen kann.

Im Vergleich zu den führenden Politikern der IV. Republik zeichnete sich General de Gaulle vor allem dadurch aus, daß er der Außenpolitik als der einzig wahren Politik Vorrang verlieh und in der Wirtschafts- und Sozialpolitik nur Instrument sah, die dazu dienten, Frankreich einen Vorzugsplatz im Kräftespiel der Nationen zu verschaffen. Die Gleichheit der Nationen, so wie General de Gaulle sie verstand, ähnelte der Vorstellung George Orwells von dem Begriff Gleichheit: Alle sind gleich, aber einige sind gleicher als die anderen. Frankreichs Kampf für die Gleichheit hat zum Ziel, Frankreich denen gleichzustellen, die gleicher als die anderen sind.

So hat er denn bereits im September 1958 – vier Monate nach seiner Rückkehr an die Macht – an den Präsidenten Eisenhower ein Memorandum gerichtet, in welchem er verlangte, es solle „auf der Ebene der Weltpolitik und der Weltstrategie eine Organisation errichtet werden, der die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich angehören“. In seiner Antwort gab der Präsident der Vereinigten Staaten zu verstehen, daß „es uns nicht möglich ist, uns ein System zu eigen zu machen, das unseren anderen Verbündeten oder anderen Ländern der Freien Welt den Eindruck vermitteln würde, daß grundsätzliche Entscheidungen, die ihre eigenen lebenswichtigen

* Alfred Grosser ist einer der intellektuellen Wegbereiter des Elysée-Vertrags. Bis heute setzt sich der 1913 geborene Grosser publizistisch und persönlich für die deutsch-französischen Beziehungen ein. Der Text entstammt dem Sonderheft von *Dokumente* zu den deutsch-französischen Beziehungen seit 1963, das 1978 erschien.

Interessen berühren, ohne ihre Teilnahme getroffen werden“. In Bezug auf Belgien und Holland, und auch Italien gegenüber, weist das Verhalten des französischen Staatspräsidenten eine sehr große Ähnlichkeit mit dem der Vereinigten Staaten auf der atlantischen Ebene auf, das er selbst kritisiert.

Will General de Gaulle also als der Vorkämpfer Europas erscheinen, dann ist es besser, wenn er nicht unbedingt wieder von neuem von seiner Idee einer Dreier-Organisation spricht. Europa wollen, kann aber auch bedeuten, dasselbe Ziel mit anderen Mitteln anzustreben. Stellt man sich vor, Frankreich könne nach außen im Namen eines starken Europas sprechen, so hätte es unter den drei Westmächten ein besonderes Gewicht, da Europas Stärke weit mehr Einflußnahme bedeutet als die „besonderen Beziehungen“, die Großbritannien gern zu den Vereinigten Staaten herstellen möchte. Das setzte allerdings voraus, daß Großbritannien diesem Europa nicht angehört und daß die europäischen Partner nicht den französischen Wunsch teilen, eine Weltmacht-Rolle zu spielen. Genauer ausgedrückt: daß sie diese Rolle nicht als Nation zu spielen wünschen, sondern vielmehr mit einem Europa einverstanden wären, in dem einzig und allein Frankreich diesen in jeder Beziehung überholten Weltmacht-Wunsch hegte.

Belgien, die Niederlande und Luxemburg sind auf alle Fälle zu klein für weltpolitische Ambitionen – nachdem Indonesien und der Kongo verloren gegangen sind. Es bleibt die Bundesrepublik Deutschland. Sie bringt das Gewicht einer unaufhörlich wachsenden Wirtschaftsmacht ein. Aber auf der anderen Tafel der Weltmachts-Waage la-

sten das Gewicht der hitlerischen Vergangenheit und das der deutschen Teilung, das die Bundesrepublik zwingt, ihren Blick eher nach Osten als auf andere Kontinente zu richten. Mit ihr zusammen will General de Gaulle die Basis des Europas seiner Vorstellung errichten; er weiß allerdings, daß der furchtsame Blick in Richtung Osten heißt, daß dem amerikanischen Schutz sehr viel Bedeutung beigemessen wird und daß das Europa, wie es bis jetzt von Konrad Adenauer und Jean Monnet aufgebaut worden ist, nicht als eine einfache Staaten-Konföderation gedacht ist. In den folgenden Jahren verläuft dann der stumme Dialog zwischen den deutschen Kanzlern und den französischen Präsidenten notwendigerweise so: „Ich verstehe Sie nicht. Sie wollen, daß Europa mit starker Stimme spricht, aber Sie wollen ihm keinen Körper geben.“ – „Ich verstehe Sie nicht. Sie wollen, daß Europa einen Körper bekommt, aber Sie sind damit einverstanden, daß es eine amerikanische Seele hat!“

Adenauer und de Gaulle – zwei starke Persönlichkeiten

Zwischen 1958 und 1963 sind dann aber die Differenzen weniger spürbar als die Folgen der doppelten Überraschung vom 14. September 1958. Überraschung in der öffentlichen Meinung beider Länder und anderswo: Einmal will de Gaulle, der weit davon entfernt ist, die Politik der deutsch-französischen Annäherung seiner Vorgänger abzulehnen, diese fortsetzen und vertiefen. Zum anderen überrascht Adenauer, der mit keinem Gedanken daran denkt, sich von dem Manne zu distanzieren, der die Wiedergeburt eines deutschen

Staates fortlaufend – und mit welcher Leidenschaft! – bekämpft hat, ebenso die gesamte europäische Integrationspolitik; dieser Adenauer verkündet nun eine Einheitlichkeit der Auffassungen mit weitaus mehr Eifer, als er Robert Schuman gegenüber zeigte. Überraschung bei den beiden Männern selber: Nichts läßt daran zweifeln, daß sie selber auch nicht auf diese Art von Liebe auf den ersten Blick vorbereitet waren, als sie sich zum erstenmal in Colombey-les-deux-Eglises begegneten.

„Bis Mitte 1962“, berichtet General de Gaulle, „werden Konrad Adenauer und ich uns an die vierzig Mal schreiben. Fünfzehnmal werden wir uns sehen, zumeist in Paris, Marly und Rambouillet oder in Baden-Baden und Bonn. Wir werden uns mehr als hundert Stunden miteinander unterhalten, entweder wir beide allein oder zusammen mit unseren Ministern oder in Gesellschaft unserer Familien.“

Nachdem er den Empfang in Paris im Juli 1962 beschrieben hat, die militärische Zeremonie im Militärlager Mourmelon, wo sie beide Seite an Seite aufrecht in einem Kommandowagen stehend erleben, wie die Parade einer „französischen und einer deutschen Panzerdivision an ihnen vorbeifiliert“ und die religiöse Zeremonie in der Kathedrale von Reims, schließt der Präsident der Französischen Republik mit den Worten: „Späterhin und bis zum Tode meines erlauchten Freundes werden sich unsere Beziehungen im selben Rhythmus und mit der gleichen Herzlichkeit fortsetzen. Letzten Endes wird sich alles, was zwischen uns gesagt, geschrieben und von uns bekundet worden ist, nur weiter entwickeln und unsere 1958 geschlossene Absprache der gegenseitigen Zuversicht den jeweiligen Ereignissen angepaßt. Gewiß werden sich gelegentlich auch Meinungsverschiedenheiten zeigen. Aber sie werden immer überwunden werden.“

Konrad Adenauer legt in seinen Memoiren mehr Betonung auf die Divergenzen, vor allem im Zusammenhang mit der Organisation Europas und weniger im Hinblick auf die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten; dies gilt zumindest für

die ersten Jahre, in denen General de Gaulle als der entschlossenste Verteidiger der Bundesrepublik gegenüber dem sowjetischen Druck erscheint, ohne dabei das Bild eines Gegners der UdSSR zu bieten. Nikita Chruschtschow besucht Frankreich vom 23. März bis zum 3. April 1960; gegen ihn nimmt de Gaulle die Bundesrepublik und ihren Friedenswillen in Schutz. Anstoß erregte er aber bei den Deutschen, als er in seiner Pressekonferenz vom 25. März 1959 erklärte, wenn auch die Wiedervereinigung in Freiheit „das normale Schicksal des deutschen Volkes“ sei, sie sich aber nur unter der Bedingung vollziehen könne, daß sie die gegenwärtigen Grenzen im Norden, Süden, Osten und Westen nicht in Frage stelle“ – anders gesagt: die Oder-Neiße-Linie.

Nachdem ihn das britische Parlament am 5. und der amerikanische Kongreß am 25. April mit Respekt angehört hatten, erlebte General de Gaulle einen glänzenden Erfolg, den zweifellos glänzendsten Erfolg seiner Präsidentschaftszeit überhaupt, am darauffolgenden 14. Mai. In Paris eröffnet er im Namen der einladenden Macht eine Vierer-Konferenz, auf welcher er als der treue Verbündete der Vereinigten Staaten erscheint, mit glänzenden Beziehungen zu Großbritannien, als der bevorzugte Gesprächspartner der Sowjetunion und zugleich als der Sprecher der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Situation stimmt am besten mit seiner Gesamtkonzeption überein und fordert nicht den geringsten Konflikt heraus. Sie verschwindet aber, da die Konferenz unvermittelt scheitert, als Nikita Chruschtschow sie unter dem Vorwand abbricht, ein amerikanisches Spionage-Flugzeug habe sowjetisches Territorium überflogen. Da der Vierer-Rahmen nun zersprungen ist, steht General de Gaulle wieder vor dem Problem der Rangstellung in der westlichen Welt, und das in einem Augenblick, in dem die UdSSR sich von neuem bedrohlich zeigt.

Den amerikanischen Verbündeten konnte der Besuch Chruschtschows in Paris nicht verletzen, denn der Sowjetführer war im September 1959 in den Vereinigten Staaten gewesen und hatte zwei

Tage hindurch in Camp David mit Präsident Eisenhower Gespräche geführt. Die beiden Männer hatten deutsche Probleme erörtert, vor allem das Berlin-Problem. Das Kommuniqué vom 27. September besagte, daß neue Verhandlungen über das Schicksal der Stadt aufgenommen werden sollten. Am 28. und 29. September legten Eisenhower und Chruschtschow fest, daß diese Verhandlungen ohne zeitliche Begrenzung geführt werden.

Die vier Großmächte und Deutschland

Zwei Lesarten der Ergebnisse dieser Gespräche sind möglich. Wenn Eile nicht geboten ist, dann ist das Ultimatum vom November 1958 als Ultimatum definitiv zu den Akten gelegt. Nikita Chruschtschow hatte gedroht, das ganze Viermächte-System in Deutschland zu beenden und mit der Deutschen Demokratischen Republik einen separaten Friedensvertrag zu schließen, falls die Westmächte nicht schnellstens einen neuen Status für West-Berlin akzeptierten; die Umwandlung West-Berlins in eine „selbständige politische Einheit“ wurde ja als eine Konzession gegenüber der „korrektesten Lösung“ dargestellt, nämlich der Eingliederung West-Berlins in die DDR. Aber – und das ist die Interpretation Kanzler Adenauers und General de Gaulles – die bloße Tatsache, Verhandlungen anzukündigen, bedeutete einen Rückzug.

Erlaubt der Geist der Entspannung ein ständiges Anknabbern der deutschen Position? Schon auf der Vierer-Konferenz in Genf Mai–Juni und Juli–August 1959 hatte die Bundesrepublik einen schweren Rückschlag erlitten. Während es für sie nur einen einzigen deutschen Staat gibt, da die andere politische Einheit aus der sowjetischen Besatzungszone, der „SBZ“ oder „Mitteldeutschland“ besteht, – währenddessen wurde die Beobachter-Delegation der Bundesrepublik auf der Seite der amerikanischen Delegation an einem kleinen Tisch platziert, der an den eigentlichen Konferenztisch angeschlossen war; die Beobachter aus dem anderen Teil Deutschlands kamen in gleicher Weise neben die sowjetische Delegation zu sitzen. Liefen die Westmächte nicht Gefahr, ihre

feierlichen Versprechen vom 3. Oktober 1954 zu vergessen? Die Regierungen der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Großbritanniens verkündeten, daß „sie die Regierung der Bundesrepublik als die einzige frei gewählte und legitim zustande gekommene Regierung Deutschlands betrachteten, die infolgedessen befugt sei, im Namen Deutschlands und als Repräsentantin des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten zu sprechen.“

In der Erklärung hieß es ferner: „Sicherheit und Wohlergehen Berlins und die Aufrechterhaltung der Positionen, die die Drei Mächte in dieser Stadt einnehmen, werden in der jetzigen internationalen Lage von diesen als wesentliche Elemente des Friedens in der Freien Welt angesehen.“ Die Erklärung zog so die Konsequenzen aus dem Artikel 2 der Übereinkunft über die Beziehungen zwischen den Drei Mächten und der Bundesrepublik Deutschland, die am 23. Oktober 1954 unterzeichnet worden war: „Angesichts der internationalen Situation, die bis zum heutigen Tage die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluss einer Friedensregelung verhindert hat, behalten sich die Drei Mächte die Rechte und die Verantwortlichkeiten vor, über die sie verfügt und die sie bisher in Bezug auf Berlin und auf Deutschland in seiner Gesamtheit ausgeübt haben.“ Chruschtschow droht den Westmächten ab November 1958 an, das Viermächte-System von 1944/45 einseitig aufzukündigen, West-Berlin aus der westlichen Verantwortung herauszulösen und den Zutritt zur Stadt der Regierung Ulbricht zu übertragen. Eisenhower und seine Berater wollen auf der einen Seite die Entspannung fördern, auf der anderen Seite auf nichts verzichten, das sie erhalten haben; so entsteht denn der Gedanke, Garantien für das zu bekommen, was sie haben, nämlich West-Berlin, und dafür juristische Konzessionen über das einzutauschen, was sie nicht mehr haben, nämlich den anderen deutschen Staat und die Grenze mit Polen.

Keinerlei Zugeständnisse Adenauers und de Gaulles

Einer solchen Konzeption können weder Adenauer noch der General de Gaulle zustimmen. Sie

erteilen ihr Einverständnis mit dem Gipfeltreffen vom Mai 1960 nur unter der Bedingung, daß die Westmächte keinerlei Zugeständnisse machen. Hierdurch ist die Konferenz zum Scheitern verurteilt. Adenauers Position stellt sich als weit mehr festgefahren heraus als im März 1959; die Sozialdemokratische Partei hat mit großem Aufwand ihren Deutschland-Plan verkündet, der in stark utopischer Weise mittels gleichberechtigter Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR die Wiedervereinigung in Freiheit und die Errichtung einer Art gemeinsamen Marktes für ganz Deutschland heraufbeschwört. Der SPD-Plan wird 1960 zurückgezogen. Vorausblickend auf die im September 1961 bevorstehenden Bundestagswahlen sieht sich der Kanzler aber veranlaßt, deutlich zu machen, daß seine Unbeugsamkeit von den Vereinigten Staaten unterstützt wird und daß seine unnachgiebige Haltung Chancen für eine Wiedervereinigung birgt; die Opposition hingegen wirft ihm vor, gerade durch seine Immobilität die Teilung Deutschlands endgültig zu machen. Das Drama von Berlin im Jahre 1961 spielt sich auf diesem Hintergrund der inneren Auseinandersetzungen ab. Der Hauptdarsteller im westlichen Lager ist nun nicht mehr Eisenhower, sondern Kennedy, mit dem Adenauer niemals gute Beziehungen hat herstellen können.

De Gaulle ließ diskret und Adenauer sogar ganz offen – für die amerikanische Presse schockierend offen – durchblicken, daß sie es lieber gesehen hätten, wenn Richard Nixon gewählt worden wäre. Der deutsche Bundeskanzler wünschte sich größtmögliche Kontinuität. Tatsächlich wurde er dann als alter und weiser Berater aus eben den Gründen ausgeschaltet, aus denen der junge Präsident in den Vereinigten Staaten und in Europa so populär wurde: Die Mannschaft von Intellektuellen, die ihn umgibt, ist empfänglicher für den Wechsel als für die Beständigkeit in den weltpolitischen Angelegenheiten; sie richtet ihre Aufmerksamkeit mehr auf die Kontinente, in denen rasche Umwälzungen vor sich gehen, als auf die festgefahrene Situation in Europa. Kennedy hat sich für seine Umgebung „die Besten und die Intelligenteren“ ausgesucht, in deren Köpfen es

von Ideen wimmelt, denen es aber nicht nur an Bescheidenheit, sondern auch an Erfahrung in Staatsgeschäften fehlt. Ihr Dilettantismus zeigt sich denn auch in der Berlin-Krise. In einer Strategie-Studie, die 1969 erschienen ist, vergleicht der führende sozialdemokratische Politiker Helmut Schmidt die „unbelehrbare eigensinnige Machteitelkeit“ des General de Gaulle mit der „intellektuellen Überheblichkeit“ gewisser Minister und Mitarbeiter Kennedys, um so die Probleme des westlichen Bündnisses zu Anfang der sechziger Jahre zu erläutern.

Kennedys Europapolitik

Die Kennedy-Ära beginnt mit einer Niederlage. Um eine Entscheidung zu vollziehen, die sein Vorgänger im März 1960 getroffen hatte, und weil er Vertrauen in die CIA setzte, läßt der neue Präsident zu einer im Prinzip rein kubanischen Expedition aufbrechen, die sich gegen das Kuba Fidel Castros richtet. Das komplette und demütigende Scheitern der Expedition in der Schweinebucht im April 1961 hinterläßt einen niederschmetternden Eindruck. Bei den führenden europäischen Politikern steigt das Ansehen des amerikanischen Präsidenten aber wieder und erreicht seinen höchsten Grad in London, wo es zu einer erstaunlichen Freundschaft zwischen John F. Kennedy und Harold Macmillan kommt, die sich doch eigentlich durch Alter und Bildungsgang sehr voneinander unterscheiden. Als John und Jackie Kennedy vom 31. Mai bis zum 2. Juni 1961 Paris ihren Besuch abstatten, verlaufen die Unterredungen mit dem General de Gaulle äußerst zufriedenstellend. Indessen zeichnen sich die Gespräche in Washington vom 12. zum 13. April 1961 mit dem Kanzler Adenauer nicht durch Sympathie und gegenseitiges Verständnis aus. Liegt das vielleicht daran, daß der eine Gesprächspartner 44 und der andere 85 Jahre alt ist? Wohl eher daran, daß der erste im zweiten einen Überlebenden aus einer anderen Epoche sieht, der unfähig ist, die Veränderungen in der Welt zur Kenntnis zu nehmen, und weil der zweite sich nicht dazu durchringen kann, echtes Zutrauen zu seinem Gesprächspartner zu fassen.

Das akute Problem liegt auf alle Fälle in Europa. Der Druck auf Berlin ist mit Sicherheit durch die schwierige Begegnung zwischen Chruschtschow und Kennedy am 3. und 4. Juni 1961 in Wien nicht schwächer geworden. In Washington sind die Berater des Präsidenten geteilter Meinung. Dean Acheson ist für Unnachgiebigkeit. Kennedy selber ist überzeugt davon, daß man verhandeln muß. In einer Pressekonferenz und in einer Fernseh-Ansprache erläutert Kennedy am 19. und am 25. Juli 1961 die drei wesentlichen Punkte – die „essentials“ –, in denen die Vereinigten Staaten keine Konzessionen machen können: die amerikanische Präsenz in West-Berlin, der freie Zugang für die Vereinigten Staaten nach West-Berlin und die Sicherheit der Bevölkerung West-Berlins, die verbunden ist mit dem Recht, ihre Lebensformen frei wählen zu können.

Die Verteidigung von Berlin

Ist dies eine entschlossene Haltung? Ja, in dem Maße, in dem sie die Entschiedenheit zeigt, West-Berlin zu verteidigen. Nein, in dem Maße, in dem Kennedy die Rechte der Vier Mächte in ganz Berlin nicht erwähnt. Mit anderen Worten scheint es so zu sein, daß Präsident Kennedy dem anderen Lager eine große Manövrierefreiheit in Bezug auf Ost-Berlin einräumt.

Die Sowjetregierung wiederum muß eine Lösung für die Forderungen Walter Ulbrichts finden: Welche Schritte können unternommen werden, um den Strom der Flüchtlinge einzudämmen, die das von Ulbricht regierte Land verlassen?

In dem Augenblick, in dem sich die Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland vom 5. bis zum 7. August 1961 in Paris versammeln, um die Maßnahmen vorzubereiten, die im Falle einer Krisensituation in Berlin zu ergreifen sind, steigt die Zahl der Flüchtlinge ungewöhnlich an: Allein am 6. August 1961 sind es 2305 Menschen, die in West-Berlin ankommen. Was am meisten erstaunt, ist die Überraschung aller führenden Politiker, in Bonn wie in Washington, als am Sonntag, dem 13. August 1961 die

Demarkationslinie zwischen den beiden Berlin plötzlich in eine unüberschreitbare Grenze umgewandelt wird – mit den schrecklichen menschlichen Konsequenzen, die eine solche Maßnahme in Berlin selber mit sich bringt: Arbeiter ohne Beschäftigung, weil ein Durchgang verboten ist; Familien, die getrennt werden usw. Man erkennt, daß keine einzige Gegenmaßnahme vorbereitet worden ist, daß die Politik Adenauers in Wirklichkeit nichts geplant hat, um das zu bewahren, was von der deutschen Einheit übrig geblieben war.

In dem Augenblick, in dem die Mauer von Berlin die deutsche Wirklichkeit besiegelt und den Prozeß einleitet, der zur Anerkennung dieser Wirklichkeit durch die Bundesrepublik führen wird, also zur anerkannten, dauerhaften östlichen Begrenzung für das Europa des Gemeinsamen Marktes, scheint sich eine Bewegung, ein tiefer Wandel im Westen abzuzeichnen: Ende Juli und Anfang August 1961 verkünden Großbritannien, dann Dänemark, Irland und Norwegen ihre Kandidatur für die Aufnahme in den Europäischen Gemeinsamen Markt an. Am 10. Oktober beginnen die Verhandlungen mit den Sechs. Alles deutet darauf hin, daß sie langwierig und schwierig sein werden.

Harold Macmillan hatte seine Entscheidung gegen den Widerstand der Labour-Opposition und weiter Teile seiner eigenen Partei getroffen. In der Fülle der aufeinander prallenden Argumente kristallisieren sich diejenigen als gewichtig heraus, bei denen es um die Natur der Beziehungen zwischen Großbritannien, Europa und den Vereinigten Staaten geht. In der Sprache des Welthandels wie in der der politischen Gewichtigkeit stellt sich die Frage, ob man auf eine Dreiecks-Situation verzichten soll, die um so mehr gerechtfertigt ist, als die Vereinigten Staaten, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Sterlingzone ungefähr gleich an den wichtigsten internationalen Transaktionen beteiligt sind?

Aber ist die Sterlingzone nicht eine Fiktion geworden; ist Großbritannien nicht in Wirklichkeit geschwächt und darauf angewiesen, sich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft anzuschließen?

Haben nicht die Vereinigten Staaten, seit die EWG vorbereitet worden und in Gang gekommen ist, ihren britischen Verbündeten vernachlässigt und weiterhin ihre Gunst der entstehenden europäischen Einheit geschenkt? Aber hat denn die europäische Idee nicht „einen antiamerikanischen Geschmack“?

Angenommen, es wäre so – vor allem seit dem Amtsantritt des General de Gaulle – würde dann der Beitritt Großbritanniens nicht vieles verändern?

Nicht zuletzt dieses Argument veranlaßte Präsident Kennedy zu der Idee einer Neuorganisation der transatlantischen Beziehungen, die in aufsehenerregender Weise den Umfang eines „Grand Design“ annahm. Das war sie nur zum Teil: Das Buch, das diesen Titel trägt, ist auf anderen Betrachtungen aufgebaut. Seinem Autor geht es darum, bei seinen amerikanischen Landsleuten sich dafür einzusetzen, daß sie den Abbau der Zollschranken durch Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und einem echten europäischen Partner nicht als eine parteiische, sondern als eine große nationale Angelegenheit betrachten; er will beweisen, daß ein solcher Abbau der Zolltarife unumgänglich für die Weiterentwicklung der amerikanischen Wirtschaft und für die westliche Wirtschaft ist.

Amerikas atlantische Partnerschaft

Die Rede, die John F. Kennedy anlässlich des Nationalfeiertages der Vereinigten Staaten am 4. Juli 1962 in der Independence Hall in Philadelphia hielt, kann auf halbem Wege zwischen der Ankündigung einer Gesetzesvorlage vom Januar, die den Präsidenten ermächtigen sollte, Tarifkürzungen abzuschließen, und der Verkündung des „Trade Expansion Act“, die am 11. Oktober erfolgte, angesiedelt werden. Aber der zentrale Satz der Rede, der ihr ein außergewöhnliches Echo verlieh, hatte eine ganz andere Tragweite: „Ich sage, hier und heute, an diesem Unabhängigkeits-Tage, daß die Vereinigten Staaten bereit sind, eine Erklärung über gegenseitige Abhängigkeit abzugeben, daß wir gewillt sind, mit einem geeinten Eu-

ropa über die Wege und die Mittel zu diskutieren, die eine konkrete atlantische Partnerschaft herbeiführen könnten – eine gegenseitige, nützliche Verbindung zwischen der neuen Gemeinschaft, die heute in Europa Formen annimmt, und der alten Amerikanischen Gemeinschaft, die vor knapp zwei Jahrhunderten begründet worden ist.“

Ein starkes Europa, das gleichberechtigter Partner der Vereinigten Staaten ist: Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als gäbe es zwischen den Vorstellungen Jean Monnets und denen des General de Gaulle keinen wesentlichen Unterschied; hatte de Gaulle nicht am 4. September 1962 in Bonn in einem „Toast“ auf Bundespräsident Lübke erklärt: „Die Gemeinschaft, warum ist die Gemeinschaft (zwischen Frankreich und Deutschland) wichtig? Zunächst deshalb, weil wir direkt bedroht sind (...) Dann aus dem Grunde, daß das Bündnis der Freien Welt, anders ausgedrückt, das gegenseitige Engagement Europas und Amerikas, auf die Dauer seine innere Festigkeit und sein Selbstvertrauen nur dann wird bewahren können, wenn es auf dem alten Kontinent einen Wellenbrecher gibt, der über die gleiche Macht und den gleichen Wohlstand verfügt wie der, den die Vereinigten Staaten in der Neuen Welt errichteten.“

In Wirklichkeit herrschte Unklarheit. Zum Teil deswegen, weil der General ein gleichberechtigtes und vereintes Europa gar nicht wirklich wollte. Der Botschafter Italiens in Paris hatte zweifellos nicht unrecht, als er einem amerikanischen Journalisten anvertraute: „De Gaulle sieht ganz klar, daß der Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt die Europa-Formel, die er sich wünscht, vollständig verändern würde. Europa wäre dann von Großbritannien und von Deutschland beherrscht und nicht mehr von Frankreich mit deutscher Unterstützung.“ Und die europäische Einigung, die die nationale Unabhängigkeit einschränken würde – vorausgesetzt, daß sie überhaupt akzeptabel wäre – hätte nur einen Sinn zwischen Ländern, die die Vorstellungen de Gaulles teilten, nämlich die Vorstellung von der Unabhängigkeit Europas gegenüber den Vereinigten Staaten.

Unklar ist vor allem der Begriff der „Partnerschaft“ selber. In der Umgangssprache und im Sport bezieht er sich auf die Vorstellung von Partnern, die sich gelegentlich für ein Geschäft oder einen Wettkampf zusammenschließen. In der juristischen und in der amerikanischen Handelsprache bezeichnet er Teilhaber, die ein gemeinsames Unternehmen führen. Und unter diesen Teilnehmern kann es eine klar abgegrenzte Hierarchie geben. Für de Gaulle stellt die Ideen- und Interessengemeinschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten nur ein Teilstück dar, das den defensiven Aspekt berücksichtigt. Und Europa darf hier auf keinen Fall ein „Junior-Partner“ sein, schon gar nicht auf einem so wichtigen Gebiet wie dem der Verteidigung. Es muß sich im Gegenteil unabhängig von den Wünschen des großen Verbündeten zusammenschließen, mit dem es auf keinen Fall eine dauerhafte Gemeinschaft bildet.

Eine solche Position mußte auf der anderen Seite die Stellung Kennedys in den USA schwächen, wo man sich mehr noch als Ende der fünfziger Jahre fragte, ob „ein vereinigtes und mächtiges Europa ein Partner der Vereinigten Staaten bleiben und so die starke Position des Westens ausbauen würde, oder ob die transatlantischen Beziehungen mit Gegensätzen und Feindseligkeiten belastet wurden, so daß die Position des Westens unvermeidlich geschwächt würde.“ Die komplizierten Verhandlungen im Zusammenhang mit dem „Fouchet-Plan“ und dessen Scheitern sind mit dieser zweideutigen Haltung untrennbar verbunden. Die Art und Weise, wie eine mögliche politische Union geschaffen wird, ist nur eine Seite der vielen Diskussionen, die nach der Pressekonferenz General de Gaulles vom 5. September 1960 in Gang kommen. In dieser Konferenz hatte er eine Kooperation zwischen den Staaten vorgeschlagen. Die Art und Weise, wie er die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten plant – und das kann man nur in Verbindung mit dem Empfang verstehen, den man Großbritannien zuteil werden lassen will – nimmt einen ebenso bedeutenden Platz in den Konferenzen und Verhandlungen ein, die bis zum April 1962 statt finden.

Gleich nach der Zusammenkunft der sechs Staats- und Regierungschefs vom 10. Februar 1961 in Paris kommt es zu einem Konflikt, aber nicht etwa zwischen dem General de Gaulle und den anderen fünf Ländern, sondern zwischen Joseph Luns, dem Außenminister der Niederlande, und allen übrigen Delegationen. Obwohl der niederländische Staatsmann sicherlich keine einheitliche nationale Auffassung in Fragen der Außenpolitik vertritt, beherrscht er diese Auffassung quer durch alle aufeinander folgenden Kabinette von 1956 bis 1971, bis er Generalsekretär der NATO wird.

Seine Stellungnahme von 1961 erinnert etwas an diejenige de Gaulles innerhalb der NATO: Er verlangt Gleichheit gegenüber den Großen, die bei den anderen Kleinen Unterstützung finden. Seine Forderungen sind und bleiben widersprüchlich: Europa soll supranational sein, und Großbritannien soll der Gemeinschaft beitreten, obwohl es gegen jede Supranationalität ist.

Aber Supranationalität wie der Beitritt Großbritanniens sind Mittel, ein Europa nach den Vorstellungen General de Gaulles zu verhindern, ein Europa, das auf eine Art gemeinsamer Vorherrschaft durch Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland aufgebaut ist. Und außerdem: Wenn die Niederlande einen so heftigen Kampf zugunsten der NATO führen, dann auch deshalb, weil die amerikanische Großmacht als weniger einengend erscheint als diese mittleren Mächte, die sich in Europa durchsetzen wollen.

Die Erklärung von Bad Godesberg

Man entscheidet sich dennoch dafür, eine Untersuchungskommission ins Leben zu rufen, die beauftragt wird, den Sechs Vorschläge zu unterbreiten. Ihr Vorsitzender wird Christian Fouchet, ehemaliger Minister, Botschafter Frankreichs in Dänemark. Am 18. Juli 1961 gelingt es den Sechs, sich auf die „Erklärung von Bad Godesberg“ zu einigen, die anschließend viele Hoffnungen weckt, die aber schnell wieder verschwinden. Die Staats- und Regierungschefs erklären hier in der Hauptsache, sie seien „überzeugt, daß nur ein vereinigt-

tes Europa, das mit den Vereinigten Staaten und anderen freien Völkern verbündet ist, in der Lage sei, den Gefahren, die Europas Existenz bedrohen, die Stirn zu bieten“ (...), eine Formel, die niemandem große Verpflichtungen auferlegt.

Am 19. Oktober 1962 wird der Fouchet-Kommission ein französischer Plan vorgelegt. Der „Fouchet-Plan“ ist ein „Vertragsentwurf zur Errichtung einer Vereinigung von Staaten“. Die Hohen Vertragschließenden erklären in diesem Dokument, sie „wünschten, in ihren Reihen die übrigen Länder Europas aufzunehmen, die bereit sind, die gleichen Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen auf sich zu nehmen.“ Dieser Staaten-Bund hätte im Prinzip nichts Supranationales, da er auf dem Grundsatz einstimmiger Beschlüsse beruhte. Er hatte aber eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik zum Ziele.

Das Scheitern der Supranationalität

In den harten Verhandlungen, die nun folgen, wechselt Paul-Henri Spaak das Lager; Joseph Luns schließt sich dem dreifachen Kampf für die Supranationalität, die sofortige Einbeziehung Großbritanniens in die Vorbereitungen des Vertrages und die Betonung des atlantischen Bezugs an – wobei die beiden letzten Punkte schließlich für wichtiger als der erste angesehen werden. Die unnachgiebige Haltung Belgiens und der Niederlande veranlaßt den General de Gaulle, seinerseits frühere Konzessionen zurückzunehmen.

Am 18. Januar 1962 wird der „Fouchet-Plan II“ (der eigentlich der dritte Fouchet-Plan ist) vorgelegt, der im Vergleich zum ersten Entwurf abgeschwächt ist und zum Vorwand einer erweiterten Opposition gegen das ganze Unternehmen wird. Drei Monate später gehen die sechs Außenminister mit der Feststellung auseinander, daß ihre Bemühungen erfolglos geblieben sind. Wenn „der 17. April 1962 ein unvergessliches Datum in der Geschichte der europäischen Politik“ darstellt, so vor allem deshalb, weil er Aufschluss über den Konflikt gegeben hat, der über die Zielsetzung des zu schaffenden Europas entstanden ist. Als eine französische Zeitschrift einen Artikel von Paul-

Henri Spaak veröffentlicht, in dem er schreibt, daß „ein integriertes Europa nicht den Willen hegen soll und darf, eine Dritte Macht in der Welt zu werden“, zieht im gleichen Augenblick der General de Gaulle in seiner Pressekonferenz am 15. Mai die Supranationalität ins Lächerliche: weil die politische Realität die Nationen sind, aber auch, weil das integrierte Europa keine Politik hätte und „sich an jemanden außerhalb Europas anhängen müßte, der, seinerseits, wohl eine Politik hätte. Es würde vielleicht einen Bundesführer geben, aber der wäre nicht Europäer“

Das Scheitern der Fouchet-Unterhandlungen verhärtet die Haltung des Generals um so mehr, als die Entwicklung der militärischen Probleme ihm als Beweis dient für das schlechte Gewissen der Vereinigten Staaten von Amerika in der Frage der „Partnerschaft“ einerseits wie auch für die Unfähigkeit der Briten, sich wirklich für eine europäische Solidarität zu entscheiden, die sich klar von der atlantischen Solidarität abhebt.

Was kann denn die gleichberechtigte „Partnerschaft“ für General de Gaulle bedeuten, wenn Robert McNamara, amerikanischer Staatssekretär für Verteidigung, auf der Versammlung des NATO-Rates in Athen Anfang Mai ohne vorausgegangene Konsultationen seine strategische Doktrin auseinandersetzt, die von der NATO zu übernehmen ist, und wenn er den Wunsch Amerikas in die Erinnerung zurückruft, daß die Entwicklung von Atomwaffen nur unter der Beherrschung oder Kontrolle der USA geschehen darf? Im Herbst, nach der Rede Kennedys, sagen McGeorge Bundy und George Ball in ihren öffentlichen Erklärungen in Europa noch einmal dasselbe. Am 20. Juli 1962 reicht General Norstad seine Demission vom Posten des Oberkommandierenden ein, weil ihm eine, von der amerikanischen getrennte atomare Bewaffnung nicht möglich gemacht wird.

Im Juni verwirrt McNamara alle europäischen Regierungen, indem er ihnen den Ankauf von Raketen aufdrängt, die unter amerikanischer Kontrolle bleiben sollen, was den britischen Premier Macmillan zu einem scharfzüngigen Wortspiel

anregt: „This is not a European rocket. It's a racket of the American industry.“ Wirtschaftliche und politische Besorgnisse ergänzen sich in diesem Falle.

Ist es denn tatsächlich möglich, Großbritanniens Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft durchzusetzen, besondere nukleare Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu unterhalten und über ein unabhängiges atomares Waffensystem zu verfügen?

Dieses atomare Waffensystem war Ende der fünfziger Jahre auf einer veralteten Rüstung aufgebaut worden. Das Projekt einer britischen Fernlenkwaffe hatte sich als zu kostspielig herausgestellt; Macmillan erhielt von Eisenhower im März 1960 die Zustimmung dazu, daß Großbritannien amerikanische Skybolt-Fernwirkwaffen kaufen könne, sobald diese hergestellt seien. Die Skybolts werden von Flugzeugen aus abgeschossen, im Unterschied zu den Polaris, die zur Ausrüstung von Unterseebooten dienen. Die Skybolts sollten den Aktionskreis der Royal-Air-Force-Bombe erweitern. Aber sollte man auf eine verletzbar Luftwaffe setzen, während die atomaren Unterseeboote praktisch unverletzbar waren? Eisenhowers Staatssekretär für die Verteidigung lehnte es ab und nahm sich vor, das Skybolt-Programm zu unterbinden.

Sein Nachfolger, Robert McNamara, nahm das Programm zunächst wieder auf; dann entschloß er sich, es einzustellen, und übersah, daß das Skybolt-Programm in Großbritannien zum echten Symbol britischer Unabhängigkeit geworden war, um so mehr, als Großbritannien – als Gegengabe für das Skybolt-Versprechen – den amerikanischen Unterseebooten die Marinebasis Holy Loch in Schottland zur Verfügung stellte. Die Entscheidung verzögerte sich aus Gründen, die innerhalb des amerikanischen Entscheidungssystems lagen.

Als dann am 11. Dezember 1962 Robert McNamara nach London kommt und Peter Thorneycroft vor die vollendete Tatsache stellt und sich zugleich bereit erklärt, eine Ersatzlösung auszu-

handeln, ist das gerade der Zeitpunkt, an dem die britischen Parteien und die britische Presse über eine Rede aufgebracht sind, die Dean Acheson am 6. Dezember 1962 in West Point gehalten hat. Der ehemalige Staatssekretär hatte hier u. a. erklärt: „Großbritannien hat ein Weltreich verloren und seine neue Rolle noch nicht gefunden.“

Er ging davon aus, daß weder die „besonderen Beziehungen“ zu den Vereinigten Staaten, noch ein unstrukturiertes, kraftloses Commonwealth noch einen Sinn hätten und billigte es, daß Großbritannien sich mit allen Kräften um einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft bemühte. Der englische Premier, der auf einen Protest britischer Persönlichkeiten zu antworten hatte, schrieb daraufhin: „Mr. Acheson ist dem Irrtum verfallen, dem schon eine ganze Reihe von Leuten im Laufe der letzten vier Jahrhunderte anheimgefallen sind, vor allem Philipp von Spanien, Ludwig XIV., Napoleon, der Kaiser, und Hitler.“

Das „Nein“ gegenüber Großbritannien

Die amerikanischen Beteuerungen, daß die Auffassungen Achesons nicht identisch sind mit denen der amerikanischen Regierung, können die Atmosphäre der Verwirrung nicht verbessern, in welcher der Premierminister in London aufbricht, um mit General de Gaulle in Rambouillet zusammenzutreffen. Am 15. und 16. Dezember 1962 spricht er sich für den Beitritt Großbritanniens in die Wirtschaftsgemeinschaft aus, deren juristischer und wirtschaftlicher Aspekt in Brüssel in schwierigen Verhandlungen erörtert wird. General de Gaulle, der sich durch seinen Sieg im kürzlichen Referendum gestärkt fühlt, nach dem in Zukunft der Präsident der Französischen Republik durch allgemeine Wahlen bestimmt wird, gibt sich einerseits wohlwollend, verhält sich aber andererseits noch negativer als vor dem Scheitern des Fauchet-Plans.

Es kommt zu keiner gemeinsamen Perspektive, um so weniger, als das Schicksal der britischen Atomwaffe bis zu den Entscheidungen, die der amerikanische Präsident und der britische Premier bei ihrer Begegnung am 18. Dezember 1962

auf den Bermudas treffen werden, noch in der Schwebelage gehalten wird.

Die Konferenz von Nassau ist zweifellos die schwierigste aller anglo-amerikanischen Begegnungen der Nachkriegszeit. Das ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß sie schlecht vorbereitet und schlecht eingefädelt worden ist, zum Teil darauf, daß der amerikanische Gesprächspartner – der noch den Siegerkranz des Erfolges auf der Stirn trägt, den er in der Kuba-Krise davongetragen hat – sich einem führenden britischen Politiker gegenüberstellt, der mehr und mehr umstritten ist; und zum Teil darauf, daß die Probleme, die zur Verhandlung anstehen, explosiver Natur sind. Für Kennedy handelt es sich darum, in seinen Bemühungen fortzufahren, Macmillan auf die Europa-Fährte zu setzen, d. h. also, Großbritannien nicht mit allzu vielen Privilegien auszustatten; weiterhin gilt es schließlich, London zu helfen, die Unabhängigkeit einer britischen Atomwaffe – unter amerikanischer Kontrolle – aufrechtzuerhalten. Macmillan geht es darum, einen Prestige-Zuwachs zu erzielen, ohne General de Gaulle zu verstimmen.

Ein multilaterales Atomwaffensystem

Am 21. Dezember 1962 erscheint ein langes Kommuniqué, in Ergänzung einer noch längeren Erklärung über die nuklearen Verteidigungssysteme. Die Unterzeichner bestätigen die Notwendigkeit, ein multilaterales Atomwaffensystem der NATO zu entwickeln. Die Vereinigten Staaten werden Großbritannien Polaris-Raketen zur Verfügung stellen, ohne atomare Sprengköpfe. Großbritannien wird diese Langstrecken-Raketen in Unterseebooten eigener Konstruktion mit atomaren Sprengköpfen eigener Herstellung anbringen. Diese Unterseeboote werden den NATO-Streitkräften zugewiesen. Die britischen Streitkräfte werden unter allen Umständen für die Ziele internationaler Verteidigung der westlichen Allianz eingesetzt, „ausgenommen dort, wo die Regierung Ihrer Majestät entscheiden sollte, daß übergeordnete nationale Interessen auf dem Spiele stehen.“

Dem General de Gaulle wird das gleiche System vorgeschlagen. Kennedy glaubt, de Gaulle würde nach harten Verhandlungen annehmen. Macmillan befürchtet zu Recht, daß, ganz abgesehen vom Inhalt des Angebotes selbst, de Gaulle die Lösung schon deshalb ablehnen wird, weil sie zweiseitig erarbeitet worden ist. Hinzu kommt, daß Frankreich noch gar keine Unterseeboote besitzt, die imstande wären, Polaris-Raketen aufzunehmen. Schließlich und endlich wird der Textteil über die Ausnahmefälle in Paris für nichtssagend gehalten. „Die anglo-amerikanische Übereinkunft von den Bahamas“, schreibt der französische Außenminister, „zeigt deutlich die Tatsache, daß sich die Vorstellungen, die man diesseits und jenseits des Ärmelkanals von der Konstruktion eines Europas hatte, unglücklicherweise als vollkommen entgegengesetzt herausstellen mußten, sobald es sich darum handelte, konkrete Schritte zu ihrer Realisierung zu unternehmen. Zwischen einer in die NATO integrierten Kernwaffe und einer nationalen atomaren Bewaffnung bestand genau der gleiche Unterschied wie zwischen einem atlantischen Europa und einem europäischen Europa.“

Am 14. Januar 1963 sprach General de Gaulle in seiner folgenreichsten Pressekonferenz ausführlich über die Bahama-Abmachungen und erläuterte seine negative Interpretation. Vor allem sagte er nein zu Großbritannien. Unter den zahlreichen Gründen, die er anführte, um seine Weigerung zu erklären, spielte der Gedanke, daß Großbritanniens Beitritt den Beitritt mehrerer anderer Länder zur Folge hätte, die größte Rolle, denn das bedeutete, daß es Europa an Zusammenhalt fehlen würde und daß „letzten Endes eine kolossale atlantische Gemeinschaft entstehen würde – unter amerikanischer Leitung –, die alsbald die Europäische Gemeinschaft aufgesaugt hätte“.

Am 22. Januar 1963 unterzeichnen der Bundeskanzler und der General in Paris feierlich einen Vertrag, der dazu bestimmt ist, die deutsch-französische Zusammenarbeit enger zu gestalten. Adenauer ist nicht allzu stark von dem Nein gegenüber Großbritannien betroffen, und er stimmt de Gaulle zu, wenn dieser seine atomare Bewaffnung weiter entwickeln will, wobei er zugleich bei ihm

um Verständnis dafür bittet, daß sich die Bundesrepublik nicht weigern kann, an einer multilateralen Organisation teilzunehmen. Sein Außenminister Gerhard Schröder und die übrigen führenden Politiker der Mehrheitsparteien sowie die sozialdemokratische Opposition stimmen nicht mit ihm überein. Sie alle sind am Beitritt Großbritanniens interessiert und über den General entrüstet. Ihr Zorn wird noch durch die Art und Weise erhellt, in der Maurice Couve de Murville Ende desselben Monats in Brüssel den Verhandlungen ein Ende setzt.

Die Präambel – Ergebnis einer Entrüstung

Diese Entrüstung spiegelt die Präambel wider, die der Bundestag am 8. Mai 1963 anlässlich der Debatte über die Ratifizierung des Vertrages einstimmig beschließt und in der es heißt, der Bundestag sei entschlossen, „durch die Anwendung dieses Vertrages die großen Ziele zu fördern, die die Bundesrepublik Deutschland in Gemeinschaft mit den anderen ihr verbündeten Staaten seit Jahren anstrebt und die ihre Politik bestimmen, nämlich die Erhaltung und Festigung des Zusammenschlusses der freien Völker, insbesondere einer engen Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika; die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für das deutsche Volk und die Wiederherstellung der deutschen Einheit; die gemeinsame Verteidigung im Rahmen des nordatlantischen Bündnisses und die Integrierung der Streitkräfte der in diesem Bündnis zusammengeschlossenen Staaten; die Einigung Europas auf dem durch die Schaffung der Europäischen Gemeinschaften begonnenen Wege unter Einbeziehung Großbritanniens und anderer zum Beitritt gewillter Staaten und die weitere Stärkung dieser Gemeinschaften; den Abbau der Handelsschranken durch Verhandlungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von

Amerika sowie anderen Staaten im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens.

Kurzum, eine Auflistung all dessen, von dem man annehmen kann, daß es der Politik General de Gaulles entgegensteht. Der Präsident der Französischen Republik versteht sehr gut den Sinn dieses Textes, durch den die Bedeutung verändert wird, die er dem Vertrag und seiner ganzen deutsch-französischen Politik beimaß: „Es liegt nicht an uns“, sagt er auf seiner Pressekonferenz vom Oktober 1966, „wenn die besonderen, immer enger werdenden Beziehungen zwischen Bonn und Washington, von denen wir ausgeschlossen sind, den deutsch-französischen Vertrag seines Sinnes und seiner Bedeutung beraubt haben (...) Nicht unser bilateraler Vertrag, sondern die einseitige Präambel, die den Sinn des Vertrages entstellte, ist berücksichtigt worden.“

Man kann sagen, daß das „Grand Design“ Kennedys am 14. Januar 1963 gestorben ist und daß das große Ziel General de Gaulles, ein mit französischer Politik gegründetes Europa, durch Deutschland unterstützt, zu erbauen, am 8. Mai 1963 gescheitert ist.

Adenauer und Macmillan müssen im Oktober die Macht aus den Händen geben, Kennedy wird im November ermordet: 1963 ist ein schreckliches Jahr. Was aus diesem Jahre weiterwirkt, liegt einerseits im Bereich der Wirtschaft: der Gemeinsame Markt der Sechs, dessen Entwicklung vorangeht, und die „Kennedy-Runde“, die große Verhandlungsreihe, die aus dem Trade Expansion Act hervorgeht, die in der Bundestags-Präambel erwähnt wird und die, nach zahlreichen Schwierigkeiten, Erfolg hat; andererseits sind die Auswirkungen des deutsch-französischen Vertrages erwähnenswert – das Deutsch-Französische Jugendwerk und die Einführung von gegenseitigen Konsultationen der Regierungen.